

# Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Cloppenburg  
am 27.11.2008, um 16:00 Uhr, im Zimmer 0.101 des Kreishauses Cloppenburg

## Anwesend:

### I. Mitglieder:

1. Kreistagsabgeordneter Ludger Niehaus, Peheim, als Vorsitzender
2. Kreistagsabgeordneter Bernhard Möller, Friesoythe
3. Kreistagsabgeordnete Christa Huster-Klatte, Klein-Roscharden
4. Kreistagsabgeordneter Heinrich Schwarte, Liener
5. Kreistagsabgeordneter Wilhelm Tellmann, Sedelsberg
6. Kreistagsabgeordnete Julia Wienken, Schmertheim
7. Kreistagsabgeordneter Günter Graf, Friesoythe
8. Kreistagsabgeordneter Aloys Niemann, Benstrup
9. Kreistagsabgeordneter Johannes Loots, Barßelermoor
10. Kreistagsabgeordneter Peter Friedhoff, Huckelrieden
11. Kreistagsabgeordnete Gudrun Lüdders, Cloppenburg

### Es fehlte entschuldigt:

Kreistagsabgeordnete Ursula Meyer, Emstek

### II. Beratende Mitglieder:

1. Josef Wolking – Landes-Caritasverband –
2. Hans-Jürgen Lehmann – Paritätischer Cloppenburg –
3. Rainer Feldhaus – Deutsches Rotes Kreuz -

### Es fehlten entschuldigt:

1. Brigitte Siebum – Arbeiterwohlfahrt –
2. Hans-Jürgen Hoffmann – Diakonisches Werk -

### III. Von der Verwaltung:

1. Erster Kreisrat Frische
2. Medizinaldirektorin Dr. Blömer
3. Kreisoberamtsrätin Schröder
4. Kreisamtsrat Meyer
5. Kreisamtsrat Potthast (Protokollführer)

### Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
  2. Feststellung der Tagesordnung
  3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.10.2008
  4. Antrag der Stiftung Edith Stein auf Erhöhung der Zuschüsse für 2008 und 2009
  5. Leitbild für die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern im Landkreis Cloppenburg
  6. Haushalt 2009 – Bereich Soziales
  7. Mitteilungen
  8. Einwohnerfragestunde
- 

#### **1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Niehaus, eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

#### **2. Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde von den Ausschussmitgliedern – wie veröffentlicht – angenommen.

#### **3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.10.2008**

Protokollführer Potthast trug vor, dass der Beschlusstext zum Tagesordnungspunkt 5 „Zuschussantrag des Heimatvereins der Deutschen aus Russland e.V.“ hinsichtlich der Bewilligung für die drei kommenden Jahre zu ergänzen sei.

Der Beschlusstext laute daher wie folgt:

**Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag zu empfehlen, dem Heimatverein der Deutschen aus Russland e.V. in den Jahren 2009 bis 2011 jeweils einen Zuschuss in Höhe von bis zu 7.500,- € zu gewähren.**

Vorsitzender Niehaus stellte die Niederschrift nunmehr zur Abstimmung.

Die Niederschrift über die Sitzung vom 02.10.2008 wurde mit der vorgenannten Ergänzung bei einer Enthaltung angenommen.

#### 4. Antrag der Stiftung Edith Stein auf Erhöhung der Zuschüsse für 2008 und 2009

Medizinaldirektorin Dr. Blömer trug den Sachverhalt entsprechend der **Vorlagen-Nr. Soz-08-07** vor.

Kreistagsabgeordneter Möller hob hervor, dass die Stiftung Edith sehr gute Arbeit leiste. Dies müsse durch einen entsprechenden Zuschuss seitens des Kreises honoriert werden. Er schlug daher vor, den Zuschuss in 2008 auf 209.300 € sowie in den Jahren 2009 und 2010 auf jeweils 220.000 € zu erhöhen.

Kreistagsabgeordnetem Friedhoff war bei Durchsicht des Wirtschaftsplanes der Stiftung Edith Stein aufgefallen, dass die voraussichtlichen Aufwendungen für Miete und Energie im Vergleich von 2008 zu 2009 unverändert angesetzt bleiben, während bei den Portokosten ein Anstieg um 25%, von 800,- € auf 1.000,- €, erwartet werde. In Zeiten der Nutzung der elektronischen Postwege sowie steigender Energiekosten seien diese Positionen zu hinterfragen.

Medizinaldirektorin Dr. Blömer verwies zunächst darauf, dass die Stiftung Edith Stein in 2007 die veranschlagten Kosten insgesamt geringfügig unterschritten hätte. Zudem sei zu begrüßen, dass die Stiftung Edith Stein sich bemühe, die Sachkosten und hier insbesondere die Energiekosten auf gleichem Niveau zu halten. Der Grund für die gestiegenen Portokosten werde durch Nachfrage bei der Stiftung Edith Stein geklärt und das Ergebnis der Niederschrift beigefügt.

Nachtrag zur Niederschrift: Die Stiftung Edith Stein erklärte, dass die gestiegenen Portokosten auf die Zunahme des Berichtswesens zurückzuführen sei, zumal diese Unterlagen auch nicht auf dem elektronischen Weg versandt werden dürften.

Erster Kreisrat Frische erläuterte, das Sinn eines Festbetragszuschusses sei, dass der Empfänger nach eigenem Ermessen über diese Mittel verfügen könne. Dabei seien die einzelnen Positionen gegenseitig deckungsfähig. Ferner sei in den vergangenen Jahren kein Erhöhungsantrag gestellt worden. Nach sehr langen Tarifverhandlungen sei es in diesem Jahr überraschend zu einem Tarifabschluss gekommen. Bei der Diskussion um einzelne Kostenansätze dürfe nicht in den Hintergrund geraten, dass die Stiftung Edith Stein eine wichtige Aufgabe erfülle und gute Arbeit leiste.

Auf Frage des Kreistagsabgeordneten Loots entgegnete Medizinaldirektorin Dr. Blömer, dass die Anzahl der betreuten Klienten bei ca. 300 Personen stagniere. Eine Zunahme sei aber im Bereich der 40 – 50jährigen Suchtkranken festzustellen.

Kreistagsabgeordneter Graf bescheinigte der Stiftung Edith Stein ebenfalls, dass sie die notwendigen Aufgaben gut erledige. Er habe jedoch wenig Hoffnung auf einer Verringerung der Drogen- und Suchtproblematik. Er befürworte die Erhöhung des Zuschusses, beschränke dies aber – wie in der Vorlage ausgeführt – für 2008 auf 9.300 € und in 2009 auf 21.500 €. Hinsichtlich der Miet- und Energiekosten könne dann die Entwicklung in den nächsten Jahren abgewartet werden.

Vorsitzender Niehaus stellte zunächst den Antrag des Kreistagsabgeordneten Graf zur Abstimmung. Der Antrag wurde mit 2 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen abgelehnt. Danach stellte Vorsitzender Niehaus den Antrag des Kreistagsabgeordneten Möller zur Abstimmung.

**Der Sozialausschuss beschloss mit 7 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Kreistag zu empfehlen, der Stiftung Edith Stein für die Fachstelle für Sucht und Suchtprävention im Landkreis Cloppenburg im Haushaltsjahr 2008 einen Zuschuss von insgesamt 209.300 € und in den Jahren 2009 und 2010 jeweils einen Zuschuss in Höhe von 220.000 € zu gewähren.**

## 5. Leitbild für die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern im Landkreis Cloppenburg

Medizinaldirektorin Dr. Blömer trug den Sachverhalt (siehe **Vorlagen-Nr. Soz-08-08**) vor.

Ergänzend erläuterte sie, dass das Leitbild in einer Arbeitsgruppe von Mitgliedern des Netzwerks für Integration und Politikern und Politikerinnen aus dem Landkreis Cloppenburg erarbeitet wurde. Anlass seien verschiedene Veranstaltungen des Netzwerks für Integration in den letzten beiden Jahren gewesen, bei denen auf die Wichtigkeit eines politisch gestalteten und verantworteten Integrationsprozesses hingewiesen wurde. Sie erinnerte in diesem Zusammenhang an die Veranstaltung mit der Bertelsmann-Stiftung in 2007 und an den Vortrag von Prof. Bade, Universität Osnabrück, in 2008.

Medizinaldirektorin Dr. Blömer beschrieb des Weiteren die mit der Verabschiedung des Leitbildes verbundenen Zielvorstellungen:

1. „Das Leitbild soll der Abwendung von einer defizitorientierten Wahrnehmung von Einwanderung die Grundlage geben. Stattdessen sollen Potentiale und Ressourcen der Migranten als Gewinn für das Gemeinwesen nicht nur betrachtet, sondern auch behandelt werden. Benannt wurden in diesem Zusammenhang ökonomische Vorteile, sprachliche und interkulturelle Kompetenzen sowie auch die Bevölkerungsentwicklung.“
2. „Das Leitbild soll eine Handlungsempfehlung und Hilfestellung für die politisch Verantwortlichen in den Gemeinden darstellen.“
3. „Das Leitbild soll einer zukunftsweisenden und systematischen Gestaltung des Zuwanderungs- und Integrationsprozesses zugrunde liegen, z. B. auch als Teil eines Integrationskonzeptes für den gesamten Landkreis.“

Medizinaldirektorin Dr. Blömer schlug folgendes weitere Vorgehen vor.

Nach der Verabschiedung des Leitbildes im Fachausschuss solle es im Kreistag vorgestellt und beschlossen und danach den Kommunen auf den Besprechungen der Hauptverwaltungsbeamten erläutert werden. Es werde erwartet, hierdurch eine intensive Diskussion in den Kommunen anzustoßen, denn dort finde vor Ort die Integration statt. Wünschenswert sei, dass die Diskussion im Landkreis nachhaltig verlaufe und jeweils auf die örtlichen Besonderheiten abgestimmt werde. Es bleibe den Städten und Gemeinden unbenommen, die Erstellung eines Integrationskonzeptes und dessen Umsetzung ganz oben auf die Agenda zu stellen oder diesem Prozess zurzeit eher eine geringere Bedeutung beizumessen.

Anschließend verdeutlichte Medizinaldirektorin Dr. Blömer die Hintergründe der Leitlinien.

1. Eine besondere Bedeutung komme dem demografischen Wandel in der Bevölkerung zu. Festzustellen sei ein zunehmender Anteil von Personen mit Migrationshintergrund. Lt. Mikrozensus 2005 hätten 19 % der gesamten deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund, in Niedersachsen 16 %. Bei den unter 25-jährigen seien Personen mit Migrationshintergrund mit einem Anteil von 30 % vertreten.

Nach den Daten der Einschulungsuntersuchungen hatten im Jahr 2006 23 % der

Kinder in Cloppenburg einen Migrationshintergrund, in 2007 lag der Anteil bei 33 %.

2. Im wirtschaftlichen globalen Wettbewerb sei interkulturelle Kompetenz und Jugendlichkeit der Bevölkerung bereits ein wichtiger Standortfaktor. Speziell das Oldenburger Münsterland sei sich dessen bewusst.
3. Das Gelingen des gesamtgesellschaftlichen Zusammenlebens sei abhängig von einem guten Miteinander aller Bevölkerungsgruppen. Hierzu gehöre auch ein gutes Miteinander mit Personen, die aus dem Ausland zugewandert sind.
4. Die Notwendigkeit der Integration beziehe sich auf alle gesellschaftlichen Gruppierungen und Bezüge. Es handele sich um eine Querschnittsaufgabe. Diese sei nur in einem gemeinsamen Handeln von Zugewanderten und einheimischer Bevölkerung zu bewerkstelligen. Wichtig sei auch, dass sie von den politisch Verantwortlichen mitgetragen werde.

Die vorgenannten Punkte – so Medizinaldirektorin Dr. Blömer weiter - würden die in der Präambel der Leitlinien aufgeführten Gesichtspunkte näher erläutern. Die eigentlichen Leitlinien bezögen sich auf wichtige Inhalte des Integrationsprozesses. Von diesen hob Medizinaldirektorin Dr. Blömer folgende Punkte besonders hervor:

1. Die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft bedeute, Chancengleichheit für alle. Auch die einheimische Gesellschaft müsse sich öffnen und dadurch einen Dialog mit den Migranten herstellen, der auf „Augenhöhe“ und auf allen Ebenen, beruflich, sozial, kulturell und religiös, stattfinden müsse.
2. Das Prinzip des Förderns und Forderns. Dies beinhalte, dass gleichen Rechten auch gleiche Pflichten für alle Beteiligten entsprechen.
3. Die gegenseitige Toleranz und Achtung von Vielfalt und Differenz verschiedener Nationalitäten und Herkunftsregionen
4. Die Anerkennung der deutschen Rechtsordnung.

Medizinaldirektorin Dr. Blömer stellte als Beispiel für ein herausragendes Handlungsfeld ein Konzept für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung vor: „Interkulturelle Öffnung - In sieben Schritten zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung“ (KGST-Materialien: Nr. 5/2008). In diesem Zusammenhang seien als mögliche weitere Zielgruppen auch die vielgestaltigen Kooperationspartner und Beteiligungen der Verwaltung zu sehen. Wichtige Handlungsfelder für die öffentlichen Verwaltungen seien zudem Kundenfreundlichkeit, Bedarfsorientierung, Aus- und Fortbildung des Personals, Qualifikation und Beschäftigung von Zuwanderern.

Abschließend verwies Medizinaldirektorin Dr. Blömer auf die politischen Aktivitäten auf Landes- und Bundesebene. Im nationalen Integrationsplan seien die bundespolitischen Absichten und Aktivitäten zum Integrationsmanagement näher beschrieben. Das Nieders. Handlungsprogramm Integration sei Ende November 2008 neu überarbeitet und verabschiedet worden. In ihm würden Perspektiven und künftige Herausforderungen aufgrund von Zuwanderung aufgezeigt. Zur Finanzierung einzelner Teile des Programms sei im Landesetat 2008 ein Finanzvolumen von rd. 65 Mio. Euro bereit gestellt worden, für 2009 seien 66,4 Mio. Euro angesetzt.

Vorsitzender Niehaus dankte Medizinaldirektorin Blömer für die umfassenden Ausführungen und bat um Wortmeldungen.

Kreistagsabgeordneter Graf meinte, die 8 Punkte der Leitlinien seien Selbstverständlichkeiten. Diese müssten schon seit Jahren Grundlage des Handelns sein. Leider erlebe er aber in Einzelfällen immer wieder, dass dies nicht der Fall sei. Kreistagsabgeordneter Graf schilderte als Beispiele die Sprachprüfung einer vietnamesischen Einbürgerungsbewerberin sowie das Schicksal einer Spätaussiedlerin, die zurzeit versuche, eine Wohnortzuweisung in die Gemeinde Bösel zu erreichen.

Kreistagsabgeordnete Lüdders vertrat ebenfalls die Auffassung, dass die Leitlinien Selbstverständlichkeiten wiedergeben würden. Auch sie könne Einzelfälle schildern und Beispiele anführen, in denen die Vorgaben der Leitlinien nicht beachtet worden seien. Auch im Landkreis Cloppenburg gelte es, die interkulturelle Kompetenz zu stärken. Kreistagsabgeordnete Lüdders sprach sich daher dafür aus, den Leitlinien zuzustimmen. Außerdem schlug sie vor, die vom Land für Integrationsprojekte bereitgestellten Fördermittel auch im Landkreis Cloppenburg einzusetzen.

Vorsitzender Niehaus führte aus, dass die Leitlinien nun mit Leben zu füllen seien. Er befürworte es, die Leitlinien umzusetzen. Dies sei zwar ein kleiner, aber dennoch ein wichtiger Schritt zu gegenseitiger Toleranz, sowohl beim Zusammenleben als auch am Arbeitsplatz. Die Leitlinien könnten dazu beitragen, das Thema neu ins Bewusstsein der Bevölkerung zu bringen.

Kreistagsabgeordneter Friedhoff begrüßte die Erstellung der Leitlinien, bezweifelte aber, ob damit viel erreicht werde. Wichtig sei, die Diskussion zu diesem Thema anzuregen und damit etwas „in den Köpfen zu bewegen“. Da die Leitlinien hierzu beitragen könnten, seien sie positiv zu bewerten.

Vorsitzender Niehaus regte an, die Formulierung des Satzes „Die Bereitschaft zur Integration ist für Zuwanderer eine Verpflichtung“ zu ändern. Er empfinde die Formulierung als zu hart.

Kreistagsabgeordneter Friedhoff sah die Formulierung weniger kritisch.

Kreistagsabgeordnete Lüdders meinte, dass diese Formulierung mit den nachfolgenden Erläuterungen zu verstehen sei.

Vorsitzender Niehaus stellte die Leitlinien zur Abstimmung.

**Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag zu empfehlen, die „Leitlinien zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern im Landkreis Cloppenburg“ zu beschließen.**

## **6. Haushalt 2009 – Bereich Soziales**

Kreisoberamtsrätin Schröder erläuterte aus dem Entwurf zum Haushaltsplan 2009 alle Unterabschnitte (örtlicher und überörtlicher Träger der Sozialhilfe), die eine Abweichung um mehr als 50.000,- € zum Zuschussbedarf/Überschuss des Vorjahres aufweisen.

Sie verwies dazu auf die als Tischvorlage verteilten Auszüge aus dem Entwurf zum Haushaltsplan (S. V 7 – V 10).

Auf Frage des Kreistagsabgeordneten Graf erläuterte Kreisoberamtsrätin Schröder, dass in 2008 durchschnittlich ca. 9.600 Personen in rd. 4000 Bedarfsgemeinschaften Arbeitslosengeld II erhalten hätten.

Kreistagsabgeordnete Lüdders erkundigte sich zum Thema Altersarmut im Landkreis Cloppenburg. Kreisoberamtsrätin Schröder entgegnete, dass eine ausgeprägte Altersarmut sich anhand der Entwicklung der Zahlen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nicht feststellen lasse. Die Anzahl der Leistungsbezieher stagniere seit Jahren bei ca. 1.100 Personen.

Auf Frage des Kreistagsabgeordneten Graf werden der Niederschrift folgende Angaben zur Anzahl der Bezieher von Leistungen der Behindertenhilfe beigefügt:  
Im Landkreis Cloppenburg erhalten im Bereich des örtlichen Sozialhilfeträgers rd. 550 Personen und im Bereich des überörtlichen Sozialhilfeträgers rd. 1.520 Personen, davon rd. 680 in den Werkstätten für behinderte Menschen, Leistungen der Eingliederungshilfe. Hinzu kommen rd. 190 Personen, die Landesblindengeld beziehen.

Vorsitzender Niehaus verwies darauf, dass das soziale Netz gut funktioniere und sich bewährt habe. Er nahm das Thema der Eingliederungshilfe auf und schlug vor, eine der nächsten Sitzungen zum Anlass zu nehmen, die Einrichtungen des Caritas-Vereins Altenoythe zu besuchen.

## **7. Mitteilungen**

Kreisoberamtsrätin Schröder erinnerte daran, dass in der Sitzung des Sozialausschusses am 02.10.2008 der Zuschussantrag des Caritas-Sozialwerkes für das Projekt „Energiesparservice“ von der Tagesordnung genommen worden sei. Das Caritas-Sozialwerk habe seinen Förderantrag nunmehr zurückgenommen, da anderweitige Finanzierungsmöglichkeiten gefunden wurden.

Kreisoberamtsrätin Schröder wies darauf hin, dass die Erstellung der Mietenanalyse angelaufen sei. Die Erstellung des Gutachtens werde sicherlich noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen. Sie werde den Ausschuss über den weiteren Fortgang unterrichten.

## **8. Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen gestellt.

Um 17.05 Uhr schloss der Vorsitzende die Sitzung.

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
Erster Kreisrat

\_\_\_\_\_  
Protokollführer